UMfairTEILEN

**Ein besonderer Armutsbericht,
des lokalen Bündnisses
Marburg**

unFASSBAR
ARMUT
unter uns

„Armut meint mehr als Besitzlosigkeit.
Armut heißt: nicht haben, nicht sein, nicht können, nicht dürfen.“

Erwin Kräutler

Rückgriff, so aktuell wie nie:
F.D. Roosevelt, 32. Präsident der USA, hielt im Jahr 1941 eine Rede an die Nation, in der er die Rechte aus der Bill of Rights als unzureichend bezeichnete und formulierte die Notwendigkeit einer ökonomischen Bill of Rights.

Zweite Bill of Rights
„Zur Sicherung des Wohlstandes und des sozialen Friedens schlage ich weitere Zusätze zur Verfassung vor - eine zweite Bill of Rights, die allen Bürgerinnen und Bürgern der USA unabhängig von Herkunft, Glaube und Rasse eine neue Basis der Sicherheit und des Wohlstandes garantiert:
Das Recht auf eine nützliche und einträgliche Arbeit.
Das Recht auf eine ausreichende Bezahlung.
Das Recht jedes Farmers, seine Produkte zu einem Preis herzustellen und zu verkaufen, der ihm und seiner Familie einen anständigen Lebensunterhalt garantiert.
Das Recht jedes Geschäftsmannes, seiner Tätigkeit frei von unfairen Bedingungen oder dem Druck in- oder ausländischen Monopolen nachzugehen.
Das Recht jeder Familie auf ausreichend Wohnraum.
Das Recht auf adäquate medizinische Betreuung.
Das Recht auf Alterssicherung, Kranken- und Unfallversicherung und Arbeitslosengeld.
Das Recht auf eine gute Erziehung“.

Grundgesetz in Deutschland

Nach Vorgaben des Grundgesetzes (GG) ist die Bundesrepublik Deutschland „ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Artikel 20 Absatz 1 GG).
Diese Bestimmung zählt zum Verfassungskern und ist eine der UNABÄNDERLICHEN Vorgaben des Grundgesetzes. Des Weiteren gibt das Grundgesetz vor, dass die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland „den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Bundesstaates im Sinne des Grundgesetzes entsprechen“ muss (Artikel 28 Absatz 1 GG). Mit diesen beiden Artikeln schreibt das Grundgesetz das Sozialstaatsprinzip fest. (*Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Parlament)*

Das Bundesverfassungsgericht konkretisiert, dass es Aufgabe des Staates ist, für soziale Gerechtigkeit und für den Ausgleich sozialer Gegensätze und Ungleichheiten zu sorgen. Der Staat hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass allen Bundesbürgern ein **menschenwürdiges Dasein und eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft** ermöglicht wird.

ARMUT - HAUPTwort statt vorWORT

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert Armut über Einkommen und trennt dabei zwischen absoluter und relativer Armut.
Absolute Armut bedeutet existenzielle Armut, das heißt Menschen leben dann unter dem physischen Existenzminimum (Trinken, Essen, Wohnen), die Weltbank geht dabei von einem Einkommen unter 1,22 $ pro Tag aus.
Relative Armut beschreibt die Lebensbedingungen der sogenannten Unterschicht in Wohlstandsgesellschaften in Relation zu mittlerer Lebensweise. Dies betrifft die Mindestversorgung in den Bereichen Erziehung und Bildung, Gesundheit, Transportmöglichkeiten (Mobilität), Information, kulturelle Beteiligung, Rechtsschutz, soziale Kontakte und soziale Integration.

Die Berichte der Bundesregierung stellen beim „Armutsrisiko“ auf 60 Prozent des mittleren Einkommens (Medianeinkommen) ab. Damit gelten in Deutschland 16 Millionen als von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen, also jeder 5. Bundesbürger hat so wenig Einkommen, dass Teilhabe nicht mehr möglich ist, er ist abgekoppelt von der Gesellschaft.
Die Armutsforschung erweitert diese Reihe um die gefühlte oder sozio-kulturelle Armut. Armut lässt sich demnach nicht an bezifferbaren Einkommensgrenzen festmachen, sondern entsteht in der Wahrnehmung von gesellschaftlicher Ausgrenzung oder Diskriminierung oder bereits durch die ständige Angst vor Armut.
Das Wirtschaftslexikon Gabler spricht dann von Armut, wenn eine Notlage nicht mehr zeitlich begrenzt, sondern für die Lebenslage insgesamt bestimmend wird.
Meist steht es gar nicht in der Macht der Betroffenen, diese Notlage zeitlich zu begrenzen. Das gilt unter anderem für Behinderte und Rentner, aber auch Geringverdiener werden selbst im Alter nicht aus der Armut herauskommen. Noch gravierender, wenn die Notlage auch noch durch mangelnde Durchlässigkeit (Kinder von Einkommensschwachen Eltern haben massiv schlechtere Bildungschancen) des Schul- und Ausbildungsystems häufig sogar in der nächsten Generation andauert, wie Forschungsberichte seit vielen Jahren aufzeigen. Wird die Lebenslage erst einmal längerfristig finanziell, psychisch, sozial und räumlich beengt, kann sich niemand mehr so einfach dafür entscheiden, dies zu ändern, die Forschung spricht vom Teufelskreis der Armut.
Selbst die Armutsforschung kennt keine allgemeingültige Definition. Armut definiert sich durch das Erleben der Betroffenen, über den sie umgebenden Wohlstand und durch die in einer Gesellschaft geltende Werteordnung. In einer Gesellschaft, in der sich das Individuum nicht unerheblich durch Status im Beruf, Einkommen/Vermögen und Konsum definiert, verstärkt sich der Mangel, führt zu Scham und Isolation.
Armut ist per Definition also unFASSBAR, die vorliegende Broschüre ist ein Versuch, die uns umgebende Armut ausschnittsweise fassbar zu machen.

Bernd Gökeler (Multiple-Sklerose Selbsthilfegruppe Marburg-Biedenkopf)

Armut fassbar:

Arm ist in Deutschland ein Einpersonenhaushalt, wenn er weniger als 635,- € im Monat zur Verfügung hat. Als armutsgefährdet gilt dieser, wenn weniger als 952,- € verfügbar sind. In den reichsten Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg sind 11% der Bevölkerung von Armut gefährdet, in Mecklenburg-Vorpommern leben 22% armutsgefährdet.

5% der Deutschen verfügen nicht über ausreichende Mittel, um ihre Wohnung warmzuhalten.

20% der Studierenden leben von weniger als 600,- € im Monat, wobei nur 29% aller Studierenden überhaupt Anspruch auf Bafög haben. In Marburg kostet ein WG- Zimmer circa 300 € Miete im Monat.

40% aller Alleinerziehenden Haushalte sind auf Hartz IV angewiesen. In Duisburg leben 25% der Kinder unter 15 Jahre von Hartz IV, bundesweit sind es 15%. Überschuldung ergibt sich in 28% der Fälle aus Arbeitslosigkeit, 14% Scheidung oder Tod des Partners, 14% Erkrankung. 62 % der überschuldeten Personen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Studium absolviert.

Die Kaufkraft der Rentner ist in den letzten 12 Jahren um 20% gesunken.

1,7 Mio. Bezieher von Grundsicherung sind nicht erwerbsfähig.

7,6 Mio. Menschen, 9,3 % der Bevölkerung erhalten Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums.

Nach einer Studie der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit ist die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland zwischen 1990 und 2010 doppelt so stark angewachsen wie im Durchschnitt der Industrieländer.

In Zeiten des Aufschwunges wächst die Armut in Deutschland, Zeit für Umfairteilen!
Nach den Zahlen der Hans Böckler-Stiftung sind die Einkommen durch Arbeit inflationsbereinigt um -1,8% gesunken, während im gleichen Zeitraum die Gewinne aus Vermögen um 25% gestiegen sind.

Aufstocker oder Arm durch Arbeit

Der Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik wächst. Nach Zahlen des Instituts für Arbeit und Qualifikation nahm die Anzahl der im Niedriglohnsektor arbeiteten Menschen im Zeitraum 1998 bis 2008 um 2,3 Millionen zu. Inzwischen arbeiten über 22 Prozent der Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor. Dies bedeutet, dass in Deutschland 6,8 Millionen Menschen für weniger als 9 Euro pro Stunde arbeiten.

Von diesen erhielten 2,1 Millionen einen Stundenlohn von weniger als 6 Euro pro Stunde und 1,15 Millionen mussten ihre Arbeitskraft für weniger als 5 Euro pro Stunde verkaufen. Dies ist nicht nur ein Phänomen in den neuen Bundesländern. Auch in einem reichen Bundesland wie Hessen arbeitet inzwischen jeder Fünfte unter prekären Bedingungen. Vor 15 Jahren waren es noch 12 Prozent. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf arbeiten nach einer Studie des Pestel-Instituts Hannover 24.670 Menschen für weniger als 8,50 Euro in der Stunde.

Die Bundesrepublik hat inzwischen einen Spitzenplatz im Lohndumping unter den westlichen Industrienationen inne und es existiert ein größerer Niedriglohnsektor als in Großbritannien. Ein weit verbreiteter Irrtum ist, dass im Niedriglohnsektor vorwiegend Menschen mit geringer Qualifikation oder ohne Berufsausbildung arbeiten. Dies trifft für gerade 20 Prozent zu.

Nach Untersuchungen von Kalina und Weiskopf (2010) haben 72 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor eine abgeschlossene Berufsausbildung und 8 Prozent sogar einen Hochschulabschluss. Die These, der Niedriglohn sei ein Einstieg ins Normalarbeitsverhältnis hat sich ebenfalls als falsch herausgestellt. Im Gegenteil, die Zunahme des Niedriglohnsektors und der atypischen Beschäftigung hat zu einer Abnahme des Normalarbeitsverhältnisses geführt. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamts waren im Jahr 1998 72,6 Prozent aller Arbeitsverhältnisse sozialversicherte und nicht befristete Normalarbeitverhältnisse.

Zehn Jahre später waren es nur noch 66 Prozent. Im gleichen Zeitraum gab es eine Zunahme der atypischen Beschäftigungsverhältnisse von 16,2 auf 22,2 Prozent. Das sogenannte “deutsche Jobwunder“ war und ist in Wirklichkeit eine Verdrängung der Normalarbeitsverhältnisse durch prekäre und atypische Beschäftigung.

Besonders erniedrigend und demütigend ist die Arbeit im Niedriglohnbereich für sogenannte „Aufstocker“.

	erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Abhängig erwerbstätige AlgII-Bezieher
Marburg-Biedenkopf	**8.508**	**2.461**
Amöneburg, Stadt	100	28
Angelburg	63	*
Bad Endbach	214	63
Biedenkopf, Stadt	517	164
Breidenbach	170	45
Cölbe	231	*
Dautphetal	199	*
Ebsdorfergrund	187	53
Fronhausen	51	15
Gladenbach, Stadt	407	127
Kirchhain, Stadt	442	112
Lahntal	147	*
Lohra	120	28
Marburg, Universitätsstadt	3.434	1.078
Münchhausen	57	*
Neustadt (Hessen), Stadt	338	*
Rauschenberg, Stadt	120	26
Stadtallendorf, Stadt	1.120	290
Steffenberg	68	*
Weimar (Lahn)	133	45
Wetter (Hessen), Stadt	349	100
Wohratal	41	*

Tab. Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher im Landkreis Marburg-Biedenkopf nach Kommunen im Januar 2013
(Quelle: Agentur für Arbeit)

Der Artikel aus „Spiegelonline“ zeigt eindrucksvoll auf: Arm bleibt oftmals Arm- trotz Arbeit

Hartz IV: Aufstocker kommen oft nicht aus Grundsicherung heraus

Zum Leben reicht der Lohn nicht: 1,3 Millionen Menschen in Deutschland bekommen Hartz IV, obwohl sie einen Job haben. Laut einer Untersuchung führen geringfügige Beschäftigung, niedriger Lohn und Zeitarbeit nur selten zu einer ungeförderten Beschäftigung.

DPA

Zimmermädchen: 60 Prozent der Aufstocker arbeiten Teilzeit

Nürnberg - Menschen, die zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit noch Hartz IV beziehen, kommen nur schwer aus der Grundsicherung heraus. Das teilte das Nürnberger Institut für Berufs- und Arbeitsmarktforschung (IAB) am Donnerstag in einer Untersuchung mit. "Geringfügige und befristete Beschäftigungsverhältnisse, Zeitarbeit oder niedrig entlohnte Tätigkeiten bahnen nur selten den Weg in eine ungeförderte Beschäftigung", hieß es. Der durchschnittliche Stundenlohn der Aufstocker betrage 6,20 Euro.

60 Prozent der rund 1,3 Millionen Aufstocker in Deutschland arbeiten der IAB-Studie zufolge wöchentlich weniger als 22 Stunden. Vor allem fehlende berufliche Qualifikationen, die Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen sowie schwere gesundheitliche Einschränkungen verhinderten, dass sie länger arbeiten und nicht mehr auf Leistungen angewiesen sind.

Immerhin war die Zahl der Hartz-IV-Empfänger, die durch einen Job wenigstens zu Aufstockern wurden, größer als die Zahl derjenigen, die ihren Job verloren und nur noch von der Grundsicherung leben mussten. Wie das IAB betonte, war zugleich die Zahl derjenigen Aufstocker, die gänzlich aus Hartz IV herauskamen, größer als die Zahl der Beschäftigten, die zum ersten Mal auf ergänzende Leistungen angewiesen waren.

Das sind Menschen, die eine Erwerbsarbeit haben, aber dennoch Sozialleistungen beziehen müssen, weil sie zu wenig verdienen, um ihr Existenzminimum zu sichern. Der Anteil der erwerbstätigen Hartz IV Bezieher an allen Leistungsempfängern ist, nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit, von 23,1 Prozent im Jahr 2007 auf 30,4 Prozent angestiegen. Inzwischen stocken 1,3 Million Menschen – von denen circa 600.000 einer sogenannten sozialversicherten Tätigkeit nachgehen - in der Bundesrepublik ihr Gehalt durch Hartz IV Leistungen auf.

Einer von ihnen ist Markus*. Er räumt abends bei einem Discounter Regale ein. Für 44 Stunden Arbeitszeit erhält er 387 Euro. Nach Anrechnung von Hartz IV bleiben ihm davon 160 Euro. Um seine Wohnung zu finanzieren, hat er zusätzlich einen Minijob, bei dem er 170 Euro verdient.

Auch Karl* stockt auf. Er arbeitet bei einem Verein, der sich im Sozialwesen engagiert. Dort verdient er 911 Euro. Um sich und seine Frau sowie zwei Kinder über die Runden zu bringen, erhält er zusätzlich knapp 400 Euro „vom Amt“.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf stocken insgesamt ca. 2500 Menschen auf. Hierfür hat die öffentliche Hand im Landkreis im vergangenen Jahr 22 Millionen Euro aufgewendet. Mit anderen Worten: Heimische Unternehmen erhielten Lohnkostensubventionierungen in der Größenordung eines zweistelligen Millionenbetrags. Allein für die 1.078 aufstockenden Bedarfsgemeinschaften in Marburg müssen circa 10 Millionen Euro aufgebracht werden.

In Gladenbach gibt es 127 und in Stadtallendorf 290 aufstockende Bedarfsgemeinschaften. Die Kosten für die öffentliche Hand betragen hier circa 1 Million Euro beziehungsweise 2, 5 Millionen Euro. Dies sind die offiziellen Zahlen. Die Dunkelziffer liegt weit höher. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht davon aus, dass 46 Prozent aller anspruchsberechtigten Haushalte Hartz IV nicht wahrnehmen.

Im vergangenen Jahr bedeutete der Verlust des Arbeitsplatzes für 817 Menschen im Landkreis sofort in Hartz IV zu rutschen. Ursachen hierfür waren eine zu kurze Erwerbstätigkeit, um Ansprüche auf Arbeitslosengeld I zu erwerben oder ein so geringes Einkommen, dass sie ergänzend zum Arbeitslosengeld auf Hartz IV angewiesen waren. Besonders stark betroffen waren die Leiharbeiter. Jeder Fünfte, der seinen Job verlor, musste anschließend Hartz IV beantragen.

Niedrige Löhne und Gehälter, Hartz IV, Aufstockungen zum geringen Einkommen wirken sich auch im Alter aus. Altersarmut ist die nächste Demütigung.

Waren früher in der Regel Frauen betroffen, die lange Unterbrechungen wegen Kindererziehungszeiten hatten, oder in Minijobs und Teilzeitarbeitsverhältnissen tätig waren, sind es mittlerweile auch immer mehr Beschäftigte, die in einem regulären Vollzeitarbeitsverhältnis stehen.

Deutlich gemacht werden kann es am Beispiel eines Busfahrers im privaten Omnibusbetrieb, der nach dem Tarifvertrag LHO (Tarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer des privaten Personenverkehrs mit Omnibussen in Hessen) entlohnt wird.

Mit einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden und einem derzeit aktuellen Stundenlohn von 11,04 Euro bekommt dieser Kollege gerade mal 1913,60 Euro brutto monatlich und ein Jahresgehalt von 22.963,20 Euro.

Er verliert damit gut ein Drittel des Rentenpunkts und erhält somit für 40 Jahre Beschäftigung eine durchschnittliche Nettorente von gerade mal 714,25 Euro.

Susanne Pitzer-Schild (ver.di Mittelhessen),
Dr. Ulf Immelt (DGB Mittelhessen)

Durchs soziale Netz gefallen

Die Rentenreformen der vergangenen Jahrzehnte haben die Rente teilprivatisiert. Solidarität und staatliche Garantie wurden durch die Forderung nach Eigenvorsorge in Form von Riester/Rürup etc. ersetzt, die paritätische Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde aufgekündigt.

-Gleichzeitig wurde das Renteneintrittsalter auf 67 erhöht (bis 2030 sinkt das Rentenniveau von derzeit 51 auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohnes).

-Dämpfungsfaktoren haben die jährlichen Rentenanpassungen verringert.

-Anrechnungszeiträume zum Beispiel für Ausbildung wurden verkürzt.

-Die Berechnungsformel für die Witwenrente wurde verändert.

-Während des Bezuges von Hartz IV wird kein Beitrag für die Rentenkasse abgeführt, für die Beträge der Aufstockung trotz Vollzeitjob werden keine Beiträge abgeführt. Minijobs wurden rechtlich ausgeweitet und von der Rentenversicherungspflicht nahezu freigestellt.

-Durch die massive Ausweitung des Niedriglohnsektors sinken die Einkommen und damit die Einzahlungen für die spätere Rente und gleichzeitig bleibt diesen Arbeitnehmern gar kein Geld für Eigenvorsorge übrig.

-Menschen mit Behinderung, die Vollzeit arbeiten, bleiben dabei Grundsicherungsbezieher und gleichzeitig berechnen sich die Einzahlungen in die Rentenkasse nach dem geringen Werkstattgehalt, das im Durchschnitt 170 Euro im Monat beträgt. Dies betrifft im Landkreis Marburg-Biedenkopf circa 1.000 Menschen. Sie bleiben auch im Alter auf Grundsicherung angewiesen.

-Chronisch Kranke erwerben durch Ihre eingeschränkte Erwerbsbiographie nie eine auskömmliche Rente, nicht selten sind sie schon vorher auf staatliche Leistungen angewiesen. Sollten Sie wegen Krankheit vorzeitig erwerbsunfähig werden, erhalten Sie Erwerbsunfähigkeitsrente, welche durch die oben genannten Bedingungen ohnehin in den letzten Jahren weniger wurde und immer schon deutlich unter der Altersrente lag.

Das führt in der Folge dazu, dass all diese Menschen seit der Einführung der Agenda 2010 noch mehr unter Armut leiden, ohne in der Regel Ihre Lebenslage selber verschuldet zu haben oder diese grundlegend ändern zu können. Sie werden durch das System finanziell sanktioniert, ohne dies abwehren zu können.

2035 wird nach Prognosen jeder Vierte Rentner auf Grundsicherung, also auf den vergleichbaren Betrag von Hartz IV angewiesen sein. Das ist im Durchschnitt ein Betrag von 674 Euro im Monat.

Bereits heute liegen 57 Prozent der Neurentner unter dem Grundsicherungsniveau und 47 Prozent aller Rentner.

Immer mehr Darlehen durch Hartz IV

GELD Regelsatz reicht oft nicht

VON STEFAN VETTER

Berlin. Jeden Monat müssen weit über 10 000 Hartz-IV-Empfänger ein Darlehen beim Jobcenter aufnehmen, um größere Anschaffungen für ihren Lebensunterhalt zu finanzieren.

Linke und Grüne sehen darin einen Beweis, dass der monatliche Regelsatz in Höhe von 382 Euro viel zu knapp bemessen ist. Eigentlich soll der Hartz-IV-Satz auch den Bedarf an vergleichsweise kostspieligen Anschaffungen abdecken. Doch in der Realität reicht die Stütze häufig nicht aus, um davon entsprechende Rücklagen zu bilden. Nach einer aktuellen Datenübersicht der Bundesagentur für Arbeit (BA), die dieser Zeitung vorliegt, wurde im Jahresdurchschnitt 2012 bundesweit pro Monat 16 833 Hilfebedürftigen ein Anspruch auf ein Darlehen gewährt. Im Jahresdurchschnitt 2007 waren es noch 12 873 Hilfebedürftige pro Monat gewesen. Auch der beanspruchte Darlehensbetrag ist im gleichen Zeitraum deutlich gestiegen. 2007 waren es im Durchschnitt 216 Euro pro Fall. 2012 wurden durchschnittlich 298 Euro ausbezahlt. Dabei hat sich die Gesamtsumme der von den Jobcentern gewährten Kredite in den letzten fünf Jahren nahezu verdoppelt - 2007 waren es rund 33 Millionen Euro gewesen, 2012 schlugen bereits knapp 60,3 Millionen Euro zu Buche.

Für die Wohnungsausstattung einschließlich notwendiger Haushaltsgeräte wie Kühlschrank oder Waschmaschine sind im Sozialgesetzbuch exakt 7,58 Prozent von der monatlichen Unterstützung vorgesehen. Macht beim aktuellen Regelsatz von 382 Euro für einen Einpersonen-Haushalt genau 28,96 Euro. Nach diesem Muster sind im Gesetz alle „regelbedarfsrelevanten Verbraucherausgaben“ aufgeführt, deren Summe die Hartz-IV-Bezüge ergeben. Für „Bekleidung und Schuhe“ zum Beispiel gesteht der Staat erwachsenen Hartz-IV-Empfängern monatlich 32,10 Euro zu. Das sind 8,4 Prozent der gewährten Unterstützung.

Eine Sprecherin der BA verwies darauf, dass die Hilfebedürftigen einen „unabweisbaren Bedarf“ nachweisen müssten, um einen Kredit des Jobcenters zu erhalten. „Werden die notwendigen Beträge nicht angespart, dann kann das Jobcenter ein Darlehen gewähren“. Dem vermeintlich unbekümmerten Geldausgaben hat das Sozialgesetzbuch allerdings durch strenge Rückzahlungsbedingungen einen Riegel vorgeschoben.

- Kreditnehmer bekommt volle Leistung erst wieder, wenn Betrag getilgt ist

Dabei werden dem Darlehensnehmer monatlich zehn Prozent von seiner Hartz-IV-Regelleistung abgezogen, bis der Kredit getilgt ist. Nach Einschätzung der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Linken, Sabine Zimmermann, belegen die Daten der Bundesagentur zur Darlehens-Vergabe, „dass die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze nicht ausreicht, um die Grundsicherung des Lebensunterhalts gewähren“. Bei den kreditfinanzierten Anschaffungen gehe es nicht um Luxusgüter, sondern um „die wichtigsten Dinge zum Überleben“, sagte sie dieser Zeitung. Durch die steigende Gewährung von Darlehen erbringe das Hartz-IV-System selbst den Beweis, dass die Regelleistung prinzipiell viele zu niedrig angesetzt sei.

Hinterländer Anzeiger

Im Jahr 2011 waren 844.000 Menschen aufgrund von Alter und Erwerbsminderung auf Grundsicherung angewiesen. Die Dunkelziffer, also Menschen, die aus Unwissenheit oder Scham nicht zum Amt geht, wird nach Untersuchungen noch einmal auf 1 Mio. geschätzt.

Gründe, keinen Antrag zu stellen, sind möglicherweise die viel engeren Vermögensfreigrenzen bei Grundsicherung im Vergleich zu Hartz IV, die Angst aus dem oft jahrzehntelang vertrauten Umfeld wegziehen zu müssen, aber wohl vornehmlich die Pflicht, sich dem Amt vollständig offenbaren zu müssen, und dies jedes Jahr erneut.

Die Zahlen für die Stadt Marburg bestätigen diesen Trend. So ist die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter von 2005 bis 2011 um 51 Prozent gestiegen, die absoluten Zahlen bewegen sich allerdings noch auf einem niedrigen Niveau, bezogen auf die Zahl der Rentner gesamt. Den gleichen Trend zeigen auch die Zahlen von Grundsicherungsempfängern bei voller Erwerbsminderung, sie sind von 2005 bis 2009 um 42 Prozent gestiegen, ebenfalls bei den absoluten Zahlen auf niedrigem Niveau.

Circa 3.000 Menschen lebten 2009 in Marburg in Bedarfsgemeinschaften, ohne an Ihrer Situation etwas ändern zu können: 1.575 Menschen, die nichterwerbsfähig sind und 1.478 Kinder unter 15 Jahren.

Das Prinzip „Fördern und Fordern“ ist bei mindestens diesen Fällen unangebracht.

„Im kapitalistisch christlichen Gesundheitswesen ist Armut eine schwere Krankheit“.

Raymond Walden

Armut durch Krankheit

Behinderung bedeutet, wenn sich auf Grund einer Erkrankung, einer angeborenen Schädigung

Alte brauchen mehr Wohnraum

STUDIE Investition von 125 Millionen Euro bis 2035 notwendig

Marburg-Biedenkopf (red). Enormer Mangel an Senioren-Wohnungen: Im Landkreis Marburg-Biedenkopf werden in den kommenden Jahren rund 7990 altengerechte Wohnungen fehlen.

Das geht aus der aktuellen Studie „Wohnen 65plus" hervor, die das Regionaldaten-Institut Pestel gemacht hat. Die Wissenschaftler aus Hannover geben darin erstmals auf der Grundlage der neuen Zensus-Zahlen eine Prognose für die Bevölkerungsentwicklung. Demnach werden im Jahr 2035 im Landkreis Marburg-Biedenkopf rund 72 240 Menschen älter als 65 Jahre sein – 62 Prozent mehr als heute.

„Mit der starken Zunahme Älterer wird auch die Zahl der Pflegebedürftigen rasant wachsen", sagt Pestel-Studienleiter Matthias Günther. Die Prognose für den Landkreis Marburg-Biedenkopf gehe von rund 13 570 Pflegebedürftigen im Jahr 2035 aus. „Bei dieser Entwicklung wird es höchste Zeit, barrierearme Wohnungen für Senioren zu schaffen.

Heim ist teurer als Pflege zu Hause

Ziel muss es sein, die älteren Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden wohnen zu lassen. Auch dann noch, wenn sie dort ambulant gepflegt werden müssen. Die Alternative ist der Umzug ins Pflegeheim. Genau das wollen viele Ältere aber nicht", sagt Matthias Günther. Zudem führe die stationäre Pflege im Heim zu enormen Mehrkosten.

Viele Senioren machen sich Sorgen, ob sie in den eigenen vier Wänden bleiben können. Viele müssen nur deshalb aus ihrer Wohnung, weil diese nicht altersgerecht ist. *(Foto: pixelio)*

Ein Pflegeplatz im Heim koste – im Vergleich zur ambulanten Pflege zu Hause – pro Jahr rund 7200 Euro mehr. Verglichen mit dem Aufwand, der notwendig ist, um eine Wohnung altersgerecht zu sanieren, gehe die Rechnung schnell auf. Jedenfalls die, die das Bundesbauministerium ganz offiziell aufmacht: „Demnach kostet der Umbau einer barrierearmen Wohnung durchschnittlich 15 600 Euro. Rein wirtschaftlich betrachtet, lohnt es sich also, in das altersgerechte Bauen und Sanieren zu investieren", sagt Matthias Günther. Schon mit der Einsparung der Extrakosten für die Heimpflege lasse sich eine seniorengerechte Wohnungssanierung in gut zwei Jahren finanzieren.

Insgesamt müssen im Landkreis 124,7 Millionen Euro in das altersgerechte Bauen investiert werden. Nur so kann es nach Angaben des Pestel-Instituts gelingen, die rund 7990 zusätzlichen Senioren-Wohnungen zu schaffen. Dies funktioniere jedoch nur dann, wenn es hierfür finanzielle Anreize gebe: „Es ist dringend notwendig, den Neubau und das Sanieren von altersgerechten Wohnungen stärker zu fördern", sagt Matthias Günther. Insbesondere der Bund sei hier gefordert. Die Politik müsse dabei – neben zinsverbilligten Krediten bei der KfW-Förderung – verstärkt auch auf direkte Bau-Zuschüsse und die steuerliche Abschreibung setzen. „Denn ein Kredit mit 20 Jahren Laufzeit stößt bei einem 70-Jährigen in der Regel nur auf wenig Interesse", so Günther.

Keine „graue Wohnungsnot"

Die Studie zum Senioren-Wohnen hat das Verbändebündnis „Wohnen 65plus" in Auftrag gegeben. Dazu gehören: der Sozialverband VdK, der Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure (BDB), die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM) und der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB).

Das Verbändebündnis wirft den Parteien vor, das drängende Thema „Wohnen im Alter" zu vernachlässigen. Die Verbände appellieren an die Bundestagskandidaten aller Parteien im Landkreis, sich wesentlich stärker um dieses Sozialthema zu kümmern. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf dürfe nicht auf eine „graue Wohnungsnot" zusteuern, so die Initiatoren der Studie. Eine bundesweite Förderung von 540 Millionen Euro pro Jahr sei notwendig. Das rechnet die Pestel-Studie vor. „Die neue Bundesregierung wird sich daran messen lassen müssen, ob sie es ernst meint und diesen Fördertopf für das altersgerechte Bauen bereitstellt", so das Verbändebündnis „Wohnen 65plus".

Hinterländer Anzeiger

oder eines Unfalls dauerhaft ein gesundheitlicher Schaden einstellt, der zu einer funktionalen Beeinträchtigung der Fähigkeiten und Aktivitäten des Betroffenen führt.

Dadurch entsteht eine soziale Beeinträchtigung, die sich in persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Konsequenzen äußert.

Krankheit macht arm, weil sie häufig genug zum Ausscheiden aus dem Berufsleben zwingt. 1,6 Mio. Menschen erhalten aufgrund von Erwerbsminderung vorzeitig Rente. 20 Prozent aller Renten sind Erwerbsminderungsrenten (EU-Rente) und müssen im Vergleich zur Altersrente 10,98 Prozent Abschlag hinnehmen.

Von den EU-Rentnern sind 36,5 Prozent von Armut gefährdet. Die verschlechterte Berechnungsgrundlage der Erwerbsunfähigkeitsrente führt insbesondre bei Männern seit 2000 zu 18 Prozent Senkung der Leis-

tung (volle EU-Rente 2001: 809 Euro; 2011: 673 Euro). Ergebnis ist, dass bereits heute 13 Prozent der Erwerbsminderungsrentner Grundsicherung erhalten.
Erwerbsminderungsgründe sind Behinderungen hauptsächlich aufgrund von Krankheiten (82 Prozent) oder Unfällen (2,3 Prozent). Das Risiko auf Behinderung steigt mit zunehmendem Lebensalter erheblich.
Die Chancen auf Arbeit sind bei Menschen mit Behinderung deutlich eingeschränkt. So sind 59 Prozent der Frauen und 73,3 Prozent der Männer ohne Behinderung in Arbeit aber nur 31,4 Prozent der Frauen und 36 Prozent der Männer mit einem Grad der Behinderung zwischen 50-100 Prozent. Viele Firmen zahlen lieber die Ausgleichsabgabe, statt Schwerbehinderte einzustellen. Ohne auskömmliche Arbeit kommt zur Schwerbehinderung auch noch Armut, und zwar fortgesetzt im Rentenalter.
Krankheit macht ebenfalls arm durch die in den vergangenen Jahren angestiegenen Kosten der Selbstbeteiligung an den Gesundheitskosten. Viele Menschen können sich u.a. eine Zahnzusatzversicherung nicht leisten oder werden nicht mehr aufgenommen. Manches Medikament, manche ambulante Therapie wird nicht angetreten, manche Brille nicht beantragt, weil das Geld für die Zuzahlung fehlt. Eine fatale Zwickmühle.
In Großstädten führt dies dazu, dass Arztmobile oder Krankenstuben, die für Obdachlose eingerichtet wurden, mehr und mehr von alten und behinderten Menschen aufgesucht werden.

Armut durch Pflegebedürftigkeit

Der Eigenfinanzierungsanteil der Pflege steigt stetig, weil die als Teilkasko angelegte Pflegeversicherung nicht gemäß der Preissteigerungsrate angeglichen wird. Mehrere angekündigte Pflegereformen, die auch dazu dienen sollten der steigenden Zahl an Demenzkranken gerecht zu werden, wurden nicht realisiert.
So stieg der Eigenanteil bei stationären Pflege zum Beispiel für Pflegestufe III von 1999 bis 2013 um 39 Prozent, für immer mehr Menschen ist das bei der oben dargestellten Rentensituation nicht bezahlbar. Die Pflegebedürftigkeit führt in diesen Fällen in die Sozialhilfe.
„Armut ist gefährlicher als Krankheit“.
Chinesische Weisheit

Armut macht krank

Seit 30 Jahren weiß man aus empirischen Studien, dass Armut sich auf den Gesundheitszustand auswirkt. Die neue RKI-Studie belegt, dass Frauen aus der Armutsrisikogruppe eine um 8 Jahre geringere Lebenserwartung haben, bei Männern verringert sich diese sogar um 11 Jahre.
Armut bedeutet mehr als nur Einschränkungen beim

„Wer die Ärmsten dieser Weltgesehen hat, fühlt sich reich genug zu helfen.“

Albert Schweitzer (1875 - 1965)

Konsum, Armut zieht häufig physisches und psychisches Leid nach sich. Depressionen und Angststörungen treten auf, sogar die Selbstmordrate ist im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung erhöht.
Alter, Behinderung und Krankheit isoliert ohnehin, diese Menschen werden im System nicht gebraucht, sie werden nicht mehr wahrgenommen. Fehlt das Geld fürs Mitmachen, können sie auch aus eigener Initiative der Vereinsamung nicht mehr entkommen. Der eigene Blick kann nicht vom Alter, der Behinderung oder der Krankheit abgelenkt werden.
Wenn aber Krankheit arm macht und Armut krank macht, dann … ???

Armut fassbar:

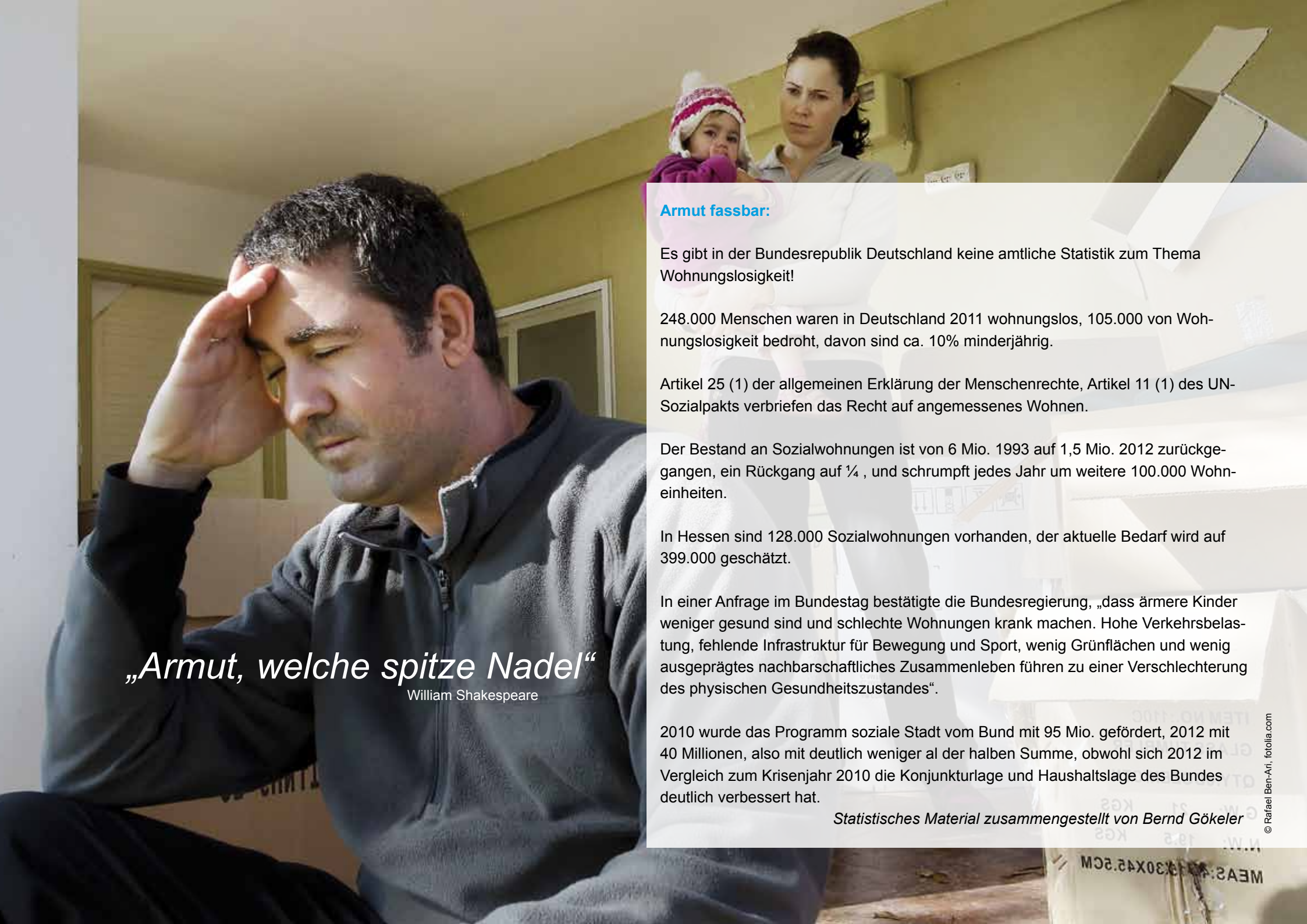
2012 zählt die Bundesagentur für Arbeit 812.000 Minijober über 65 Jahren (2003 waren es 595.433 Senioren), 128.000 von Ihnen waren älter als 74 Jahre.

Die Riestertreppe führt seit 2003 zu einer Rentenentwicklung 5,8 Prozent unter der Lohnentwicklung.
Trotz UN-Konvention und Benachteiligungsverbot im Grundgesetz erfahren 9,6 Mio. Menschen mit Behinderung in Deutschland Einschränkungen der Teilhabe im Alltag und am Arbeitsleben.
Bundesweit 200.000 Menschen mit Behinderung erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe in stationären Einrichtungen und 100.000 Menschen erhalten ambulante Leistungen.
Oma und Opa können ihre Enkel in Hamburg nicht besuchen, weil das Geld für die Fahrkarte nicht reicht. Ein Punkt mehr, der zur Isolation selbst in der Familie führt.
Nach Jahrzehnten bestellt ein älteres Ehepaar die regionale Tageszeitung ab, 30,- € für das Abonnement sind zu viel geworden.
Ein Hartz IV Empfänger, er fand wegen seines Alters schon seit Jahren keine Arbeit mehr, geht in Alters-Rente. Anfang Mai erhält er noch einmal Hartz IV, die erste Rentenzahlung erfolgt erst Ende Juni, Rente wird monatlich rückwirkend bezahlt.
Ältere und behinderte Menschen sind in der Regel nicht kreditwürdig. Umbaumaßnahmen um Barrierefreiheit in den eigenen vier Wänden herzustellen, sind allein deswegen oft unmöglich.
Die Zahl der „Armenbegräbnisse“ steigt. Aus Kostengründen bestatten die Kommunen ohne Zeremonie, anonym und immer dann, wenn eine größere Anzahl zur Bestattung ansteht. (Lediglich in Bayern kommt bei konfessionell gebundenen Menschen grundsätzlich ein Pfarrer, und der Freistaat finanziert einen Kranz.)
Manche ältere Menschen, die bei der Tafel/Kleiderkammer um Almosen anstehen, haben noch die Not der Nachkriegszeit erleben müssen. Für manchen älteren/behinderten/kranken Menschen werden die Ernährung des Haustieres, die Hundesteuer und vor allem die

anfallende Tierarztkosten unfinanzierbar. Langjährige, treue, tierische Begleiter werden zur Belastung. Allzu oft müssen sie zum Leidwesen der Betroffenen im Tierheim abgegeben werden. Jeder Besuch beim Frisör wird aufgeschoben und wird durch Verzicht auf andere kaum verzichtbare Dinge angespart.

Letzte geliebte persönliche Gegenstände, Familienerbstücke, verbunden mit tiefgreifenden Erinnerungen, müssen ins Pfandleihhaus gebracht werden um z. Bsp. die Stromkostennachzahlung bezahlen zu können.

Pfandflaschensammeln ist zwischenzeitlich in allen Generationen eine Art des notwendigen Gelderwerbes geworden. Das Wühlen im Müll, um sich notwendige Ausgaben leisten zu können, ist gerade in einem der reichsten Länder der Welt zutiefst erniedrigend. „Wenn das Geld nur zum Existieren reicht, reicht es nicht mehr zum Leben!“ *Bernd Gökeler (Multiple-Sklerose Selbsthilfegruppe Marburg-Biedenkopf)*



„Armut, welche spitze Nadel“

William Shakespeare

Armut fassbar:

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keine amtliche Statistik zum Thema Wohnungslosigkeit!

248.000 Menschen waren in Deutschland 2011 wohnungslos, 105.000 von Wohnungslosigkeit bedroht, davon sind ca. 10% minderjährig.

Artikel 25 (1) der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts verbriefen das Recht auf angemessenes Wohnen.

Der Bestand an Sozialwohnungen ist von 6 Mio. 1993 auf 1,5 Mio. 2012 zurückgegangen, ein Rückgang auf ¼ , und schrumpft jedes Jahr um weitere 100.000 Wohneinheiten.

In Hessen sind 128.000 Sozialwohnungen vorhanden, der aktuelle Bedarf wird auf 399.000 geschätzt.

In einer Anfrage im Bundestag bestätigte die Bundesregierung, „dass ärmere Kinder weniger gesund sind und schlechte Wohnungen krank machen. Hohe Verkehrsbelastung, fehlende Infrastruktur für Bewegung und Sport, wenig Grünflächen und wenig ausgeprägtes nachbarschaftliches Zusammenleben führen zu einer Verschlechterung des physischen Gesundheitszustandes“.

2010 wurde das Programm soziale Stadt vom Bund mit 95 Mio. gefördert, 2012 mit 40 Millionen, also mit deutlich weniger al der halben Summe, obwohl sich 2012 im Vergleich zum Krisenjahr 2010 die Konjunkturlage und Haushaltslage des Bundes deutlich verbessert hat.

Statistisches Material zusammengestellt von Bernd Gökeler

© Rafael Ben-Ari, fotolia.com

„Denn die einen sind im Dunkeln
und die andern sind im Licht
und man siehet die im Lichte
die im Dunkeln sieht man nicht.“

Bertold Brecht, Schlussverse aus dem Dreigroschenfilm

Wohnen, Grundlage für menschenwürdiges Leben

Das Wahlkampfthema Mietpreisbremse zeigt, dass das Thema Wohnungsnot durch Mietpreissteigerung bei beiden großen Parteien angekommen ist. Leider wird dieses Instrument den Prozess der Mietpreissteigerungen nur etwas verlangsamen, die Hauptaspekte der Wohnungsmisere bleiben unberücksichtigt. Auch in Stadt und Landkreis hat es das hartnäckige bürgerschaftliche Engagement geschafft, das Thema Bezahlbaren Wohnraum auf die politische Agenda zu bringen.

Mehr als nur Wohnen

Wohnraum heißt Wohnung, umgebende Infrastruktur/ Sozialraum und engmaschiges Angebot an Öffentlichem Nahverkehr. Das muss bezahlbar sein, bleiben oder dringend wieder werden. Die massiven Wohnkostensteigerungen gehen auf steigende Mieten, auf steigende Gebühren für Abfall, Wasser, Abwasser und steigende Energiekosten zurück. Der Rückgang des Sozialwohnungsbestandes, die geringe Zahl an Neubauwohnungen mit Sozialbindung, die Privatisierung vieler öffentlicher Wohnungen, der durch die Finanzkrise befeuerte Drang der Anleger in „sichere“ Immobilien, die veränderten Ansprüche an die Wohnungsgröße (Single), Neubau vorwiegend im Hochpreissegment, die energetische Sanierungen (die Mieterhöhung bleibt auch nach voller Amortisation der Sanierungs-Maßnahme bestehen, jedes Jahr sind 11% umlagefähig) und die Gentrifizierung (Aufwertung eines Stadtteiles durch Sanierung oder Umbau) treiben die Mietpreise in die Höhe.

Eine weitere bedenkliche Entwicklung ist, dass sich die Spaltung von Arm und Reich auch deutlich in einer sozialräumlichen Trennung (landläufig spricht man von „Ghettobildung“) ausdrückt. Die Probleme in den sozialen Brennpunkten, in den Vierteln mit niedrigen Mieten, verfestigen und verschärfen sich, Integration wird verhindert.

Wohnen für bestimmte Personengruppen

Wohnungsnot gibt es in der Stadt Marburg und im Landkreis besonders für bestimmte Personengruppen, für die ein spezifisch bedarfsgerechter bezahlbarer Wohnraum notwendig ist. Darunter fallen vorrangig Menschen mit körperlicher Behinderung, Sinnesbehinderungen, Chronisch Kranke und Senioren. Sie benötigen barrierefreie Wohnungen, die in einem Umfeld liegen müssen, das eine ortsnahe Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfes, ein kulturelles Angebot und ein Umfeld mit Sozialstrukturen gewährleistet. Der zweite Teil trifft auch für Alleinerziehende, Menschen mit geistiger Behinderung und psychisch/ seelisch Kranke zu. Zudem sind Übergangswohnungen für Jugendliche Mangelware. Alles Menschen mit meist geringen und in den letzten Jahren schrumpfenden Einkünften.

Leider wirken sich die oben genannten Handicaps

„Schönheit ist mächtig -
Reichtum ist allmächtig -
Armut ist ohnmächtig“

Willy Meurer

© fmalot - Fotolia.com

Armut fassbar

Die Energiekosten sind seit dem Jahr 2000 um das Doppelte gestiegen.
Im Regelsatz fehlen so je nach Empfänger zwischen 60,- und 160,- € pro Jahr.
600.000 Haushalten wurde 2011 der Strom wegen Zahlungsrückstand abgestellt, darunter waren ca. 200.000 Hartz IV Empfänger.
8 Mio. Menschen erhalten Wohngeld, davon sind ein erheblicher Anteil Erwerbgeminderte.

2,5 Millionen mobilitätseingeschränkte Menschen leben in Wohnungen mit erheblichen Barrieren. Das heißt auch in Marburg, dass Nierenpatienten nur am Tag der Dialyse aus der Wohnung kommen, weil nur dann die Krankenkasse die horrenden Kosten für den Behindertentransfer bezahlt, der aus eigener Tasche unerschwinglich ist.

Der Ehepartner muss wegen Pflegebedürftigkeit ins Heim, wer als Partner zurückbleibt, ist aus finanzieller Not gezwungen, obwohl oft schon Jahrzehnte dort wohnend, die ehemals gemeinschaftliche Bleibe aufzugeben. Vorausgegangen sind oft Jahre der aufopfernden Pflege.

Schlaganfall, die Entlassung aus der Reha steht an, die Wohnung liegt im 2. Obergeschoss, eine barrierefreie Wohnung kann nicht so schnell aufgetrieben werden, ein Umbau ist nicht finanzierbar. Die Ärzte und der Soziale Dienst der Klinik können eine Entlassung nach Hause nicht befürworten, die Person muss ins Pflegeheim.
Nur 5 Prozent der Senioren wohnen derzeit in einer altersgerechten Wohnung (1% aller Wohnungen ist barrierearm) . Nach Angaben von Sozialverbänden fehlen in den nächsten Jahren 2,5 Millionen bezahlbare barrierearme Wohnungen. Besser wäre es aber, Wohnungen mit universellem Design, also für alle nutzbar zu bauen.
Seit 1999 bis heute haben sich die Plätze in Wohnheimen für Studenten nur geringfügig auf 230.000 öffentlich geförderte Wohnheimplätze erhöht. Die Zahl der Studenten ist im gleichen Zeitraum von 1,7 Millionen auf 2,5 Millionen gestiegen.

In Marburg fehlen laut Wohnungsamt aktuell circa 300 Sozialwohnungen für Menschen mit Behinderung und Senioren, also vorwiegend barrierefreier Wohnraum mit barrierefreier Infrastruktur in der direkten Nachbarschaft.

auch noch bei der Wohnungssuche aus. Vorurteile gegenüber Behinderten, Kranken und Jugendlichen verschärfen die Situation.

Der Neubau von Sozialwohnungen liegt in der Stadt Marburg bei einem Mietpreis von warm 9 bis 10 Euro, ist also für Bezieher von geringen Einkommen unbezahlbar. Dies gilt erst Recht für Grundsicherungsbezieher, für die die Sozialbehörde die Preise als nicht angemessen ablehnt.

Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen. Marburg liegt schon jetzt mit einer Durchschnittsmiete von 9,20 € im Neubau mittlerer Wohnungen an der Spitze in Mittelhessen.

In Marburg konkurrieren die Wohnungssuchenden außerdem mit der rasant wachsenden Zahl an Studenten, die als Wohngemeinschaft noch am ehesten die hohen Mietpreise schultern können. Aber selbst für sie reicht das Wohnungsangebot nicht, obwohl eine Vielzahl an Investitionen getätigt wurde. Leider entspannt sich diese Entwicklung auch nicht durch die Tatsache, dass in den vergangenen fünf Jahren die Einwohnerzahl in Marburg deutlich zurückgegangen ist.

Barrierefrei Wohnen

Barrierefreier Wohnraum wird kaum erstellt und ist in der Stadt, aber noch viel mehr im Landkreis Mangelware. Im Landkreis kommt erschwerend hinzu, dass es eigentlich kaum ein barrierefreies Umfeld gibt. Ist die Stadt überwiegend auf Blinde und Sehbehinderte eingerichtet, steckt diese Entwicklung auf dem Land noch in den absoluten Anfängen. Das gilt leider auch für die Barrieren, an denen Körperbehinderte und Senioren scheitern, selbst in öffentlichen Gebäuden, auf öffentlichen Plätzen und bei öffentlichen Veranstaltungen.

Ein Gedankenspiel: Gehen Sie Ihren Tagesablauf durch und überlegen Sie, was davon als Behinderter möglich gewesen wäre. Waren die Gebäude und Räume barrierefrei zugänglich, gab es eine behindertengerechte Toilette, waren notwendige Hinweise auch für Sehbehinderte oder Hörgeschädigte erkennbar?

Gehen Sie Ihren Freundes-, Familienkreis und Ihre Vereine auf Barrierefreiheit durch. Sie werden die Hürden, die zum Ausschluss der Teilhabe, des Mitmachens, führen, deutlich erkennen. Wie ist da Inklusion, ein Menschenrecht, lebbar?

Barrierefreies Wohnumfeld

Deshalb ist neben der eignen Wohnung das direkte Wohnumfeld so wichtig. Dabei kommt bei mobilitätseingeschränkten Personen, zum Beispiel Rollstuhlfahrern, hinzu, dass die Nutzung der Behindertenfahrdienste circa das 100 fache des öffentlichen Nahverkehrs (für den Fahrpreis von Marburg nach Marburg-Moischt kann man mit dem Billigflieger nach Spanien fliegen) kostet und nur nach langfristiger Vorplanung überhaupt zur Verfügung steht.

Häufig brauchen Behinderte/Chronisch Kranke und Senioren Begleitung für die Dinge, die nicht direkt im Wohnumfeld zu erledigen sind, das macht abhängig und kostet Geld.

Ohne barrierefreien Wohnraum ist der politische und gesellschaftliche Wunsch nach ambulanter Versorgung/Pflege nicht umsetzbar. Bedingt durch die Alterung der Gesellschaft wird der Bedarf weiter stetig ansteigen.

Bernd Gökeler (Multiple-Sklerose Selbsthilfegruppe Marburg-Biedenkopf)

© fasphotographic - Fotolia.com

Kinder als Armutsrisiko

„Wer Geld und keine Kinder hat, der ist nicht wirklich reich, wer Kinder und kein Geld hat, der ist nicht wirklich arm.“

„Wer Geld und keine Kinder hat, der ist nicht wirklich reich, wer Kinder und kein Geld hat, der ist nicht wirklich arm.“ Schön wäre es, wenn diese alte chinesische Weisheit noch ihre Gültigkeit hätte.

Denn: „Sie haben kein eigenes Bett, bekommen nie Taschengeld, gehen ohne Pausenbrot zur Schule. 2,5 Millionen Kinder in Deutschland wachsen in Armut auf.“ Das hat SPIEGEL ONLINE nicht etwa in diesen Tagen geschrieben, sondern im Jahr 2007: Das Phänomen Kinderarmut sei seit Jahren bekannt. „Trotzdem bekommt ein reiches Land wie die Bundesrepublik es nicht in den Griff - oder will es nicht. Kinder haben keine Lobby, arme Familien schon gar nicht. Immer häufiger bleiben die Betroffenen in isolierten Wohnvierteln unter sich, ohne gute Schulen und ausreichend soziale Unterstützung. Regelrechte Armensiedlungen.“

Ist doch erst sechs Jahre her, und Armut – anders als in den 1980er Jahren - erst jetzt kein Problem nur von älteren Menschen? Dann gehen wir doch einmal ins Jahr 2001 zurück, als der Armuts- und Reichtumsbericht der damaligen rot-grünen Bundesregierung vorgestellt wurde: Dieser weist ein kontinuierliches Wachstum der sozialen Ungleichheit in Deutschland nach. Armut auf der einen steht ein „exorbitanter Reichtum“ auf der anderen Seite der Gesellschaft gegenüber, wie dies einer der Mitautoren, Ernst-Ulrich Huster, beschrieb.

Und heute? Die Zahl der Kinder, die in Deutschland in Armut leben, ist in den vergangenen zehn Jahren um 50 Prozent gestiegen. Daher fordert der Kinderschutzbund die sofortige Ausweitung des Teilhabepakets für Hartz-IV-Familien. Kinder sozial schwacher Familien sollen so eine Chance auf Urlaub bekommen. Denn: Drei Millionen Kinder in Deutschland fahren nach Angaben des Kinderschutzbundes aus Armutsgründen in den Ferien nie weg.

Ist doch „nur“ Urlaub und „zu Hause ist es doch eh am schönsten“? „Sowohl bei den Alleinerziehenden-Haushalten als auch bei Familien, in denen zwei Erwachsene leben, nimmt das Armutsrisiko mit steigender Kinderzahl zu“, stellt die Zentrale für Politische Bildung deutlich die „Armutsgefährdungsquoten von Familien“ dar: „Kinder können das Armutsrisiko erhöhen, da Kin-

Vorurteile über Hartz-IV-Empfänger

Die Mehrheit der Deutschen glaubt laut einer Allensbach-Umfrage, dass Hartz-IV-Empfänger faul, schlecht ausgebildet und bei der Arbeitssuche zu wählerisch sind.

Hier die Zahlen und Fakten:.
57 Prozent glauben: „Hartz-IV-Empfänger sind bei der Arbeitssuche zu wählerisch.“ Die Analyse der Bundesagentur der Arbeit ergibt aber: 71 Prozent würden eine Arbeit annehmen, für die sie überqualifiziert sind.

57 Prozent glauben: „Hartz-IV-Empfänger sind schlecht qualifiziert.“
Die Analyse der Bundesagentur der Arbeit ergibt aber: 44 Prozent haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.

37 Prozent glauben: „Hartz-IV-Empfänger wollen nicht arbeiten.“
Die Analyse der Bundesagentur der Arbeit ergibt aber: Für 75 Prozent ist Arbeit das Wichtigste im Leben.

55 Prozent glauben: „Hartz-IV-Empfänger haben nichts Sinnvolles zu tun.“
Die Analyse der Bundesagentur der Arbeit ergibt aber: 62 Prozent gehen mindestens einer gesellschaftlich relevanten Tätigkeit nach.

55 Prozent glauben: „Hartz-IV-Empfänger suchen nicht aktiv nach Arbeit.“
Die Analyse der Bundesagentur der Arbeit ergibt aber: 62 Prozent klopfen direkt beim Arbeitgeber an.

(Aus: RP Online - http://www.rp-online.de)

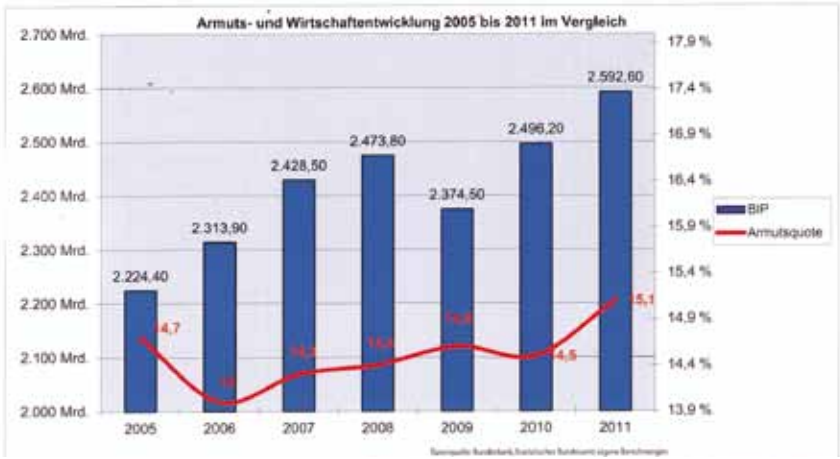
Armut auf Rekordhoch

Tabelle 1: Armutsgefährdungsquote und SGB II-Quote 2005 bis 2011(in %)

Armutsgefährdungsquote und SGB II-Quote im Vergleich 2005 bis 2011 (in %)		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	Armutsgefährdungsquote	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,1
	SGB II-Quote	10,3	11,2	11,0	10,6	10,4	10,4	9,8
Westdeutschland	Armutsgefährdungsquote	13,2	12,7	12,9	13,1	13,3	13,3	14,0
	SGB II-Quote	8,5	9,2	9,1	8,8	8,7	8,8	8,3
Ostdeutschland	Armutsgefährdungsquote	20,4	19,2	19,5	19,5	19,5	19,0	19,5
	SGB II-Quote	17,6	19,0	18,9	18,1	17,5	17,0	16,0

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

Grafik 1: Armuts- und Wirtschaftentwicklung 2005 bis 2011 im Vergleich



Quelle: Der Paritätische, aufgrund Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit.

der einerseits den Bedarf des Haushalts unmittelbar steigern, andererseits die Betreuungsaufgaben einen Ausgleich durch Mehrarbeit erschweren oder sogar verhindern."

Ist doch alles weit weg und hier erst jetzt Thema? „Am Ende des Monats gibt es nur noch Toast mit Schmierkäse." Mit klaren Worten und Bildern beschrieb Pfarrer Dr. Eberhard Schwarz, was Kinderarmut bedeutet - im Herbst 2010 während eines gemeinsamen Gottesdienstes der Kirchen von Hessen-Nassau und Kurhessen-Waldeck zum Thema „Armut bei Kindern" in der Marburger Elisabethkirche.
Aber auch die reinen Zahlen, die der damalige Landespfarrer für Diakonie in der Kirche von Kurhessen-Waldeck nannte, waren bedrückend. So zeigte er auf, dass in Deutschland drei Millionen Kinder in relativer Armut aufwachsen, also jedes sechste Kind. In Marburg trifft es jedes fünfte und in Berlin sogar jedes dritte Kind. Kinder seien in Deutschland ein Armutsrisiko, beklagte Schwarz. Dies sei insbesondere für Alleinerziehende so.
Was das für die betroffenen Kinder und Jugendliche bedeutet, das machten die Hip Hopper des St. Martinshauses im Waldtal klar: „Das ist die Gesellschaft, die Kinder kaputt macht, die Kinder verrückt macht." Und wie das aussieht, rappten sie in der nächsten Liedzeile: „Nachts kein Auge zu bekommen – so schlimm, dass sie sich wie in der Hölle vorkommen – hier gibt es nichts umsonst und du musst um alles kämpfen".

(Manfred Günther, Öffentlichkeitsarbeit St. Elisabeth-Verein Marburg und Freier Journalist)

Viele Kinder fristen Leben in Armut

Aktuelle Analyse offenbart, dass Hunderte Jugendliche bis 15 Jahren zu wenig Geld zum Leben haben

Aufregung in Marburg: Jedes sechste Kind in der Stadt gilt als arm, lebt etwa von Sozialgeld. Politiker und Verbände preschen mit Forderungen nach einem neuen kommunalen Aktionsplan vor.

Fortsetzung von Seite 1

von Björn Wisker

Jedes sechste Kind in Marburg gilt als arm. Betroffen sind etwa 1300 von 8150 Jugendliche bis 15 Jahren. Foto: Thorsten Richter

Marburg. Unter 5085 Hartz-IV-Empfängern zählten die Behörden zuletzt 1326 unter-15-Jährige, die sogenanntes Sozialgeld erhalten. Das sind rund 16 Prozent aller 8150 Jungen und Mädchen, die in der Stadt leben. 350 Kinder, die Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB II) beziehen sind unter sechs Jahren alt. Das geht aus der Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung hervor.

„Der Anteil der Benachteiligten ist zu hoch, und das ist kein gutes Zeichen", sagt Ulrich Severin (SPD). Die meisten Abgehängten hallen sich seiner Erfahrung zufolge in den Stadtteilen Waldtal, Stadtwald und Richtsberg. Demgegenüber seien finanzielle Nöte und deren Folgeprobleme – mangelnde Bildung, soziale und kulturelle Isolation – in Vorzeigegegenden in Cappel oder Marbach rar.

Ein Aspekt für die Entwicklung ist nach Angaben des Magistrats die zunehmende Singleproblematik: In der Kernstadt (33 300 Haushalte) leben 870 Marburger als Alleinerziehende – von insgesamt 1900 Haushalten mit Kindern. In den Außenstadtteilen (17 400 Haushalte) leben 1416 Kinder, 471 Haushalte sind Alleinerziehende. „Die soziale Lage von Kindern wird maßgeblich von der familiären Situation bestimmt, in der sie groß werden", heißt es in der Analyse.

„Die Armut der Kinder ist der Armut der Eltern geschuldet", sagt Ingo Kosick vom bundesweiten Verein für soziales Leben. Er warnt davor, die finanzielle Not losgelöst von den Folgen zu sehen. Er spricht von Gefühlsarmut, die ein Resultat des Geldmangels sein kann. „Die Eltern sind dann resignierend und abgestumpft. Sie können ihren Kindern keine Zuneigung, kein Selbstbewusstsein und keine Perspektive geben", sagt er. Besonders kritisch sei die Situation jener, die nicht nur arbeitslos und somit finanziell schwach seien, sondern die zudem unter Krankheit und mangelnder Bildung leiden, ergänzt Severin.

Forderung: Kommunales „Aktionsprogramm Armut"

Er fordert ein „Aktionsprogramm Armut" für Marburg. Denn bisher gebe es kein kommunales Gesamtkonzept für die Bekämpfung der Kinderarmut. Die Neuerung solle speziell für die Härtefälle aufgelegt werden und systematisch dazu beitragen, dass Hilfe und Beratung auch und gerade jene Familien erreiche, die sich im Mangel eingerichtet zu haben scheinen. „Hartz IV und nebenbei Schwarzarbeit – das gibt's oft, darf aber nicht so bleiben", sagt Severin. Kinder, die solch ein Modell von den Eltern vorgelebt bekommen, leiden in ihrer Entwicklung. „Die Frage ist, wie wir die Perspektiven der Betroffenen in unserer Stadt verbessern können", sagt Severin. Und er warnt davor, die vermeintlichen Problemstadtteile zu verdammen. Diese haben, so sagt er, „eine ungeheure Integrationskraft. Viele, die etwa im Waldtal leben, fühlen sich verwurzelt und verbunden." Das sei nicht überall so.

Gudrun Siebke-Richter vom Kinderschutzbund Marburg kennt die Schicksale hinter den Zahlen. „Zuletzt häuft es sich, dass Leute keine Konfirmationsanzüge oder Kommunionskleider kaufen können", sagt sie. Bis zu 90 Familien wenden sich pro Jahr an den Verein. Und gerade Behinderte seien in Marburg oft Opfer. „Weil Spezialanschaffungen nötig sind und viel Geld kosten", sagt sie. Gehe dann noch die Waschmaschine oder das Auto kaputt, sei das Chaos vorprogrammiert.

Doch einige Probleme hält sie für vermeidbar. Wenn etwa in Schulen bei Klassenfahrten 300, 400 Euro nur für Ausrüstung aufgebracht werden müssen, scheitern zahlreiche Eltern. Die Konsequenz: Ihr Kind kann nicht mitfahren – soziale Ausgrenzung. Oder aber man kratzt jeden Cent zusammen, leiht sich Geld und rutscht im Extremfall in die Schuldenfalle. Überhaupt: An Feiern, Geburtstagen, Ostern und Weihnachten schlage die Armut voll durch. „Die, die geradeso hinkommen mit jedem Euro, können keine zusätzlichen Anschaffungen tätigen", sagt sie. Oft scheitere es schon an einem zweiten Paar Schuhe.

Die Stadt verweist darauf, dass die Armutszahlen seit Jahren leicht sinken – und auf ein Bündel an Hilfsprogrammen, um Folgen für Betroffene abzudedern: Die Arbeitsgruppe Familie und Armut innerhalb des Bündnis für Familie. Zudem gebe es den Stadtpass, der einkommensschwachen Marburgern ermögliche, zu geringen Preisen an Kultur- und Sportangeboten teilzunehmen. Außerdem werden in Waldtal, Richtsberg und Stadtwald Familienzentren mit vernetzten Hilfsangeboten eingerichtet. Zudem engagieren sich Freiwillige für die Armen. Die Kulturloge etwa gibt jährlich Hunderte Restkarten für Theater, Konzerte und Lesungen kostenlos ab.

Auch Kinderschützerin Siebke-Richter gibt Betroffenen Tipps – die Spezialberatung im Kreisjobcenter etwa. Diese versuche, auch jenen das Bildungs- und Teilhabepaket zu gewähren, die minimal oberhalb der gesetzlichen Bewilligungsgrenze liegen.

STANDPUNKT

von Björn Wisker

Der Kampf um die glückliche Fassade

In Marburg darben, meist unsichtbar, Hunderte Kinder. Nicht wie in Krisengebieten, aber damit darf man das Leid nicht relativieren. Der Not der Eltern ist geschuldet, dass sie sich mit wenig arrangieren müssen. Sicher, es gibt Rabeneltern, die ihre Kinder verwahrlosen lassen. Die meisten versuchen jedoch alles, um zumindest eine glücklich Fassade halten zu können. Sie wollen zeigen: Unser Kind gehört zu den fröhlichen Konsumenten. Das ringt Eltern gewaltige Anstrengungen, den Kindern früh viel Kraft ab. Eine wichtige Hilfe können Freunde, Nachbarn, auch Fremde liefern: Verständnis.

Quelle:
Oberhessische Presse

„Stell Dir vor, es herrscht Armut und keiner schaut hin- dann kommt die Armut auch zu Dir!“

Das meinen die Mitglieder des lokalen Bündnisses umFAIRteilen

„Für Menschen mit psychischer Erkrankung eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist ohnehin schon schwer. Neuerdings wird es durch Einkommens- und Vermögensüberprüfungen und hohe Selbstkosten für bestimmte Hilfeleistungen noch schwerer.“

„Menschen mit Behinderungen brauchen nicht nur bezahlbaren barrierefreien Wohnraum, sondern auch bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.“

„In unserer Kleiderkammer kaufen nicht die Menschen aus der näheren Umgebung ein, sondern Leute aus den Nachbarorten.“

„Die Toiletten in unserer Schule benutze ich nur im Notfall.“

„Kürzungen in der Erwerbsunfähigkeitsrente führen zu folgenschweren finanziellen Engpässen: Betroffene verzichten auf notwendige, aber selbst (mit) zu finanzierende Therapien.“

„Prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit Zeiten der Nichtbeschäftigung setzen Familien Krisen und dauernden finanziellen Belastungssituationen aus. Das trifft sogar Lehrer und Beschäftigte an der Uni.“

„Es ist bekannt, dass Armut krank macht. Verwahrlosung, Drogenkonsum und psychische Probleme können aus finanzieller Not resultieren.“

„Wenn Eltern arbeitslos werden, können sie einen ganztägigen Betreuungsplatz nicht mehr finanzieren. Aber ohne eine gesicherte Kinderbetreuung ist es schwer, einen Arbeitsplatz aufzunehmen.“

„Einige junge Menschen verbringen jede Nacht auf einer anderen Couch, weil sie ohne Ausbildung und elterliche Unterstützung keine Wohnung finanzieren können. Es ist sehr schwer, sie für eine Ausbildung zu motivieren.“

Armut

Junge, 13 Jahre, Klassenfahrt

Die 4-tägige Klassenfahrt nach Berlin wird rechtzeitig kalkuliert und von der Lehrerin ein Schreiben an die Eltern herausgegeben mit den Kosten für die Fahrt und die Unterkunft. Die Kosten liegen im Rahmen der 320 Euro und Mittel können beantragt werden. Der Junge freut sich auf die Fahrt.

In der Woche vor der Abreise teilt die Klassenlehrerin mit, dass die Kinder weitere 50 Euro für eine Verpflegung tagsüber in Berlin mitnehmen sollen. Die Familie kann das zusätzliche Geld nicht aufbringen, denn der kleine Bruder benötigt dringend neue Sportschuhe. Der große Bruder verzichtet auf die Klassenfahrt.
Derartige Probleme tauchen bei vielen Klassenfahrten auf, da zusätzliche Kosten wie ein hohes Taschengeld auf der Fahrt oder besondere zusätzliche Kleidung (z.B. bei Skifahrten oder Wanderungen) u.ä. nicht bezuschusst werden.

Mädchen, 14 Jahre, Konfirmation

Nachdem das Mädchen schon die Konfirmanden-Freizeit abgesagt hat, weil die Familie nicht wusste, wie sie

„Selbst wenn sie eingeladen wurde, ist sie früher nicht auf Kindergburtstage gegangen, weil sie kein Geschenk mitbringen konnte. Sie hat auch nie selbst Kindergeburtstag gefeiert. Heute wird sie nicht mehr eingeladen."

„Ich habe kein Einkommen und kaum Geld auf meinem Konto. Warum und wovon soll ich die Kontoführungsgebühren zahlen?"

„Viele Studierende sind auf Jobs, bezahlbare Wohnungen und ÖPNV angewiesen. Der ASTA erhält gehäuft Beratungsanfragen wegen finanzieller Not."

Für Menschen mit Behinderungen ist es oft besonders schwer, die Armutsgrenzen zu überwinden. Das System ist so aufgebaut, dass sie trotz eigenen Verdienstes künstlich an der Armutsgrenze gehalten werden."

„In die Schuldnerberatung kommen immer häufiger Menschen, die mit ihrem Einkommen nur knapp über Hartz IV-Niveau liegen. Sie kommen mit materiellen Sorgen, sozialen Krisen und hoher psychischer Belastung."

„Er fährt nicht mit auf Klassenfahrt. Die Fahrtkosten werden zwar finanziert, aber die zusätzlichen Kosten für Taschengeld und Ski-Kleidung sind zu hoch."

„Finanzielle Not führt allzu oft in soziale Isolation."

„In einem unserer Seminarräume in der Uni regnet es schon lange hinein."

„Meine Mitschülerin hat ein super Abi, aber sie will nicht studieren, weil sie Sorge hat, in eine Schuldenfalle zu geraten."

aufgeschnappt!

(Zitate und Alltägliches)

die erforderlichen 120 Euro aufbringen sollte, schämt sie sich, weil sie bei der Konfirmation kein neues Kleid tragen kann. Das Gefühl, nicht dazu zu gehören, kennt sie gut, denn wenn sie mal auf einen Geburtstag eingeladen wurde, hat sie meistens abgesagt, weil sie kein Geschenk kaufen konnte, das mit den Geschenken der anderen Mädchen vergleichbar gewesen wäre. Sie möchte dazugehören, fürchtet sich aber gleichzeitig davor, denn dann wird sie gefragt, was sie denn zur Konfirmation bekommt. Und sie ahnt, dass das nicht so viel sein wird wie bei den anderen.

Weitere finanzielle Hürden für Familien, die nicht im SGB-II-Bezug stehen, aber kein hohes Einkommen haben bzw. mehrere Kinder:

- Zuzahlungen bei Zahnregulierung
- Fahrtkosten zu Vereinen, in denen ihr Talent gefördert wird (Musik, Sport u.a.)
- Taschengeld
- Computer, Internetzugang, neuen Medien
- Nachhilfe, bevor die Versetzung wirklich gefährdet ist
- Zusätzliche Schulmaterialien: hallentaugliche Sportschuhe, Arbeitshilfen usw.

„Wenn alle mitmachen dürf(t)en“

Teilhabe – Inklusion – „wenn alle mitmachen dürfen“, wie es im 80-Sekunden-Internet-Video der „Aktion Mensch“ einfach genial einfach beschrieben wird. Dazugehören, beteiligt sein, mitarbeiten, gefragt werden, gefragt sein, Anteil nehmen, einfach mit von der Partie sein . . . : Die Liste der Assoziationen ist schier endlos lang.

Darum also geht es bei Teilhabe und Inklusion: Jeder Mensch erhält die Möglichkeit, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar von Anfang an und unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter.

In der Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO bedeutet Teilhabe das Einbezogensein in eine Lebenssituation. Und Lebenssituationen können sehr unterschiedlich sein: Familie, Kindergarten, Schule, Betrieb, Straßenbahn, Theater, Fußballstadion, Stadtparlament, Arbeitsamt, Kreisjobcenter, Peergroup . . .

Doch wie sieht es mit der Teilhabe aus?
Die Medienkompetenz, die Fähigkeit mit Medien angemessen umgehen zu können, hat derzeit Hochkonjunktur. Internet und Soziale Netzwerke sind in aller Munde, doch auch in allen Haushalten?
„Für Jugendliche bleiben Soziale Netzwerke ein zentraler Aspekt der Internetnutzung“, heißt es in der JIM-Studie (Jugend, Information, (Multi-) Media), die sich alljährlich mit dem Umgang der 12- bis 19-Jährigen mit Medien und Information beschäftigt und Daten zur Erarbeitung von Strategien und Ansatzpunkte für neue Konzepte in den Bereichen Bildung, Kultur und Arbeit liefern soll.
Online-Communities zählen laut dieser Studie neben Suchmaschinen und Videoportalen „zu den drei am häufigsten ausgeübten Anwendungen im Internet und werden von insgesamt 78 Prozent der 12- bis 19-Jährigen zumindest mehrmals pro Woche genutzt. 57 Prozent besuchen die eigenen oder fremde Profile im Netzwerk sogar täglich“.
Die Grundausstattung der Haushalte, in denen 12- bis 19-Jährige leben, bestehe aus Computer/Laptop, Handy, Fernseher und Internetzugang. „Diese Geräte beziehungsweise Zugangsmöglichkeiten sind in allen Haushalten vorhanden.“

Wirklich in allen? Die Ausstattung mit Computern und der Zugang zum Internet sind den Jugendlichen, die über die Jugendhilfe betreut werden, noch immer nicht gegeben und werden auch nicht von den Bestimmungen der Nebenleistungen erfasst.

Stellt Armut eindrucksvoll dar: Die Broschüre der Diakonie und der evangelischen Kirche

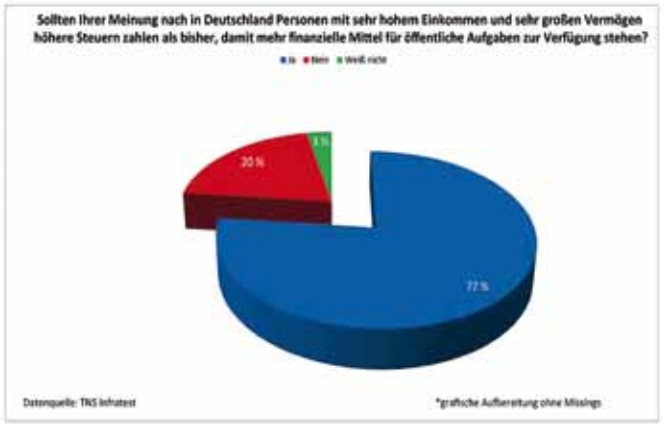
Hans-Heinrich Thielemann, seit Jahren bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Orts- und Kreisverband ehrenamtlich engagiert –„unsere ehrenamtliche Beratung steht einer großen Herausforderung mit vielen kleinen und großen gesellschaftlichen Aufgaben gegenüber “ - kann unzählige Beispiele dafür aufzählen, dass Teilhabe scheitert, hier eines davon (anonymisiert):

Alleinerziehende Mutter, berufstätig mit 400-Euro-Job. Weil das Nahverkehrsangebot nicht ausreichend ist, benötigt sie eigentlich ein Auto: Um zur Arbeit zu kommen und damit das Kind am Schulleben teilnehmen kann. Das Kind ist aus finanziellen Gründen beim Schulessen dabei, was Spannungen in der Klasse auslöst: „Die von der Stütze sind halt arm“.

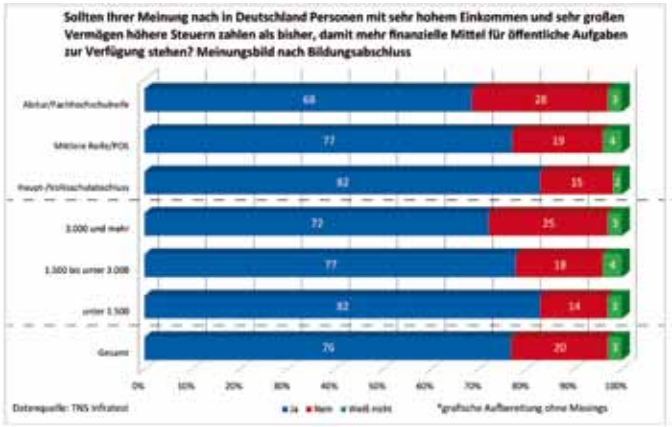
www.diakonie.de

Das Bündnis UMfairTEILEN steht mit seiner Forderung bei Weitem nicht alleine da: Die „Aktuelle Meinungsumfrage im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes“ zeigt auf 16 Seiten, „dass in der Bevölkerung mittlerweile eine geradezu überwältigende Zustimmung für einen Richtungswechsel in der Steuerpolitik gegeben ist. Die Menschen erkennen einen ganz erheblichen Investitionsbedarf im Bildungswesen und im sozialen Bereich und empfinden zugleich die private Vermögensanhäufung in Deutschland als eher ungerecht“, wie es im Summary beschrieben wird. Und das Ganze unter dem Titel: „Gerechtigkeit in Deutschland“.

Die Titelseite des Meinungsberichtes des Paritätischen Gesamtverbandes- zeigt eindrucksvoll: Die Schere geht immer weirer auseinander.



Meinung zur stärkeren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen



Meinung zur stärkeren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen - nach Bildungsabschluss und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Aus Quelle: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, „Aktuelle Meinungsumfrage im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes“

Die Mutter kauft für sich selbst in der Kleiderstube ein und geht zur Tafel, ohne dass das Kind dies weiß.
Das Gegenteil von Teilhabe ist Ausgrenzung. Steffen Nies von der Jugendkonflikthilfe in Marburg schildert zwei Beispiele (ebenfalls anonymisiert), zwei Beispiele von Menschen mit unterschiedlichen biographischen Hintergründen die Eines gemeinsam haben: „Sie erleben den Teufelskreis von sozialer Ausgrenzung“:

Person 1 (männlich) strebt nach sozialer Anerkennung und begibt sich bei Problemen beziehungsweise für ihn unüberwindbaren Hindernissen (finanzielle Knappheit, soziale Konflikte) in den Grenzbereich der Legalität. Dies hat er von beiden Elternteilen erlernt. Die Maßnahmen, an der er teilnahm, konnten in ihm den Wunsch stärken, über die Verfolgung des Ziels einer Integration ins Berufsleben diese von ihm als Bürde erlebte familiäre Erbe hinter sich zu lassen. Immer wieder wurde er aufgrund seiner schlechten Qualifikation und mangelnden Umgangsformen abgelehnt. Gerade jene Jobs, die sich ihm wegen seiner mangelnden Qualifikation anbieten, setzen ein sehr hohes Maß an Flexibilität voraus. So machen Zeitarbeitsfirmen nicht selten eine Beschäftigung von einem Führerschein abhängig, welchen sich dieser Teilnehmer bisher nicht leisten konnte. In anderen Beispielen konnte der Teilnehmer die Fahrtkosten im ersten Monat nicht aufbringen.

Person 2 absolvierte eine Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (kooperativ) zur Verkäuferin. Aufgrund ihres äußerlichen Erscheinungsbildes stößt sie jedoch häufig auf Ablehnung. Die Teilnehmerin wirkt sehr maskulin, dies wurde uns bereits mehrere Male nach nicht zustande gekommenen Beschäftigungen vom Arbeitgeber berichtet. Auch sie kann sich ohne Arbeit keinen Führerschein leisten, bekommt aber auch kein Darlehen für einen Führerschein in Aussicht gestellt.
„Nach unserer Einschätzung perpetuiert ein ständiges Erfahren von Misserfolgen die fehlende Selbstwirksamkeit bei unseren Teilnehmern und erhöht dadurch die Wahrscheinlichkeit, dass diese Erfahrungen an Verwandte, Kinder und Bekannte weitergegeben werden und auch bei diesen zu einer negativen Denkweise, Resignation und schließlich zu Armut führen“, er beschreibt Nies die Folgen solcher Erfahrungen und fordert: „Eine Beendigung aus diesem Teufelskreis wäre möglich, wenn generell die Möglichkeit für die Teilnehmer bestünde, zumindest am Anfang einer Beschäftigung die Fahrtkosten vorfinanziert zu bekommen. „

(Manfred Günther, Öffentlichkeitsarbeit St. Elisabeth-Verein Marburg und Freier Journalist)

Fünf Millionen verzichten aus Scham auf Hartz IV

Forscher der Bundesagentur für Arbeit haben errechnet, dass Millionen Menschen auf Hartz IV verzichten, obwohl sie einen Anspruch haben. Dadurch spart der Staat jährlich bis zu 20 Milliarden Euro.

Bundesagentur für Arbeit - Viele stellen aus Scham und Unwissenheit keinen Antrag auf Hilfe

In Deutschland beantragen Millionen sozial schwache Menschen keine Hartz IV-Leistungen, obwohl sie Anspruch darauf hätten. In einer aktuellen Berechnung gehen Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von 3,1 bis 4,9 Millionen Betroffenen in verdeckter Armut aus, wie der Berliner "Tagesspiegel" berichtet.

Umgerechnet verzichteten damit zwischen 34 und 44 Prozent der Berechtigten auf staatliche Unterstützung, also mehr als jeder dritte. Als mögliche Gründe nennen die Forscher in ihrer Studie Unwissenheit, Scham oder eine voraussichtlich nur geringe Leistungshöhe und -dauer.

"Angesichts der entwürdigenden Prozeduren auf den Jobcentern ist es kein Wunder, dass Millionen auf Leistungen verzichten", sagte die Linken-Vorsitzende Katja Kipping der Zeitung. "Die Abschreckung durch Diskriminierung spart dem Staat pro Jahr mindestens 20 Milliarden Euro".

Kipping forderte eine bedarfsdeckende Mindestsicherung ohne Sanktionen anstelle von Hartz IV. Das IAB ist die Denkfabrik der Bundesagentur für Arbeit.

DGB: Jeder sechste Arbeitslose rutscht in Hartz IV

Jeder sechste neue Arbeitslose in Bayern rutscht nach Angaben des

ARTIKEL EMPFEHLEN

MEISTGELESENE ARTIKEL

1. Bayern-Präsident
2. Attentat in Dallas
3. Bewegungsstudie
4. Procter & Gamble
5. Edelmetall-Krise

BÖRSENKURSE

Quelle: Die Welt

Verdeckte Armut in Deutschland

Mehr als jeder Dritte verzichtet auf Hartz IV

von Cordula Eubel

Den Gang zum Arbeitsamt treten viele Bürger gar nicht erst an - obwohl sie Anspruch auf Hartz IV hätten. - FOTO: DPA

Nach Berechnungen für das Arbeitsministerium beantragen bis zu 4,9 Millionen Menschen kein Hartz IV, obwohl sie Anspruch darauf hätten. Für die Höhe der Regelsätze könnten diese Zahlen Konsequenzen haben.

Empfehlen · Twittern · +1

In Deutschland leben 3,1 bis 4,9 Millionen Menschen in verdeckter Armut. Das heißt, dass sie kein Hartz IV beantragen, obwohl sie wegen geringen Einkommens oder Vermögens Anspruch darauf hätten. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in aktuellen Simulationsrechnungen für das Arbeitsministerium. Umgerechnet verzichten zwischen 34 und 44 Prozent der Berechtigten auf staatliche Unterstützung, mehr als jeder dritte. Als mögliche Gründe, warum kein Leistungsantrag gestellt wird, nennen die IAB-Forscher in der 247-seitigen Studie Unwissenheit, Scham oder eine nur sehr geringe zu erwartende Leistungshöhe oder –dauer.

Politisch bedeutsam sind diese Zahlen für die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze. Denn die richtet sich nach den Konsumausgaben der unteren 20 Prozent der Einkommensbezieher – Hartz-IV-Empfänger werden dabei ausgenommen, um keine Verarmungsspirale in Gang zu setzen. Die Regelsatzberechnung war 2011 nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geändert worden. Die Richter hatten damals auch festgestellt, dass die Einbeziehung von verdeckt armen Haushalten in die Referenzgruppe „die Datenbasis verfälschen" würde. Bei der Auswertung künftiger Einkommens- und Verbrauchsstichproben solle der Gesetzgeber darauf achten, diese zu entfernen.

Quelle: Der Tagesspiegel

Soziale Leistungen - Ihr gutes Recht

Das Sozialstaatsgebot ist in der Verfassung der Bundesrepublik verankert. Dennoch erleben wir seit mehr als 30 Jahren, dass der Sozialstaat restrukturiert und demontiert wird, obwohl dieser weder Verursacher der Wirtschaftskrisen noch der bis heute anhaltenden Beschäftigungskrise war und ist.

Mit dem Argument, „es sei kein Geld da“ wird die soziale Infrastruktur mehr und mehr abgebaut. Aus Leistungsansprüchen und sozialen Rechten werden immer häufiger „milde Gaben“.
Dabei wäre Geld genug da. Es ist nur ungerecht verteilt. Den Schulden der öffentlichen Hand in Höhe von 2 Billionen Euro steht ein privater Reichtum von 7,2 Billionen Euro gegenüber. Allein die 10 Prozent der Reichsten besitzen ein Privatvermögen von 4,6 Billionen Euro, während 50 Prozent der Privathaushalte über kein Vermögen verfügt. Durch die verschiedenen Steuerreformen zugunsten der Reichen verzichtet die Bundesrepublik jährlich auf 50 Milliarden Euro. Gelder, die somit der sozialen Infrastruktur nicht zur Verfügung stehen.
Vor dem Hintergrund der durch die Industrialisierung hervorgerufene Verelendung großer Bevölkerungsteile waren die in diesem Zeitraum entstehende Arbeiterbewegung und weitere fortschrittliche und emanzipatorische Kräfte nicht zuletzt im Rückgriff auf die Ideale der Französischen Revolution darum bemüht, die Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit um das Einfordern sozialer Grundrechte zu erweitern. Diese bis in die heutige Zeit reichende Auseinandersetzung basiert auf der Erkenntnis, dass eine lebendige Demokratie neben den formalen politischen Teilhabemöglichkeiten stabiler sozialer Bindungen bedarf, da nur auf diese Weise alle das gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben aktiv gestalten können.
Aber im Gegensatz zu Almosen ist Teilhaben auf Augenhöhe nur auf der Grundlage fairen Teilens möglich. Drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland spüren das. Sie empfinden die Vermögensverteilung als ungerecht. Und sie sehen den sozialen Frieden in Deutschland durch die bestehende Kluft zwischen Arm und Reich gefährdet. Das Bündnis um FAIRteilen ist eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich bundesweit für „faires Teilen“ einsetzt. Regional setzt sich das lokale Bündnis umFAIRteilen in Marburg für eine nachhaltige Finanzierung des Sozialstaates und den Erhalt der sozialen Infrastruktur ein.
Mit dem vorliegenden Bericht lüften wir hier und da den Deckmantel und blicken der Armut vor unserer Haustür ins Gesicht. Allein die Vielfalt der verdeckten, Scham behafteten Armut ist erschreckend. Deshalb treten wir gemeinsam dafür ein, dass soziale Leistungen und eine soziale Infrastruktur keine Almosen sind, sondern unser gutes Recht.

Iris Demel (Der Paritätische Hessen, Region Mittelhessen), Dr. Ulf Immelt (DGB Mittelhessen)

Das Bündnis „umFairteilen - Reichtum besteuern“

ist ein Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Inhaltliche Grundlage der Zusammenarbeit ist die Plattform, verabschiedet am 10. Mai 2012. Das Bündnis ist parteipolitisch unabhängig. Parteien und Parteiorganisationen sind eingeladen, die Aktionen des Bündnisses zu unterstützen, erhalten jedoch keinen Einfluss auf Inhalte und Aktionsplanungen.

Die Plattform:

Die Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrisen der letzten Jahre haben die Schuldenberge der öffentlichen Hand weiter in die Höhe schnellen lassen. Dies untergräbt den politischen Gestaltungsspielraum unserer Demokratie und unseres Sozialstaates! Bund, Ländern und Kommunen fehlt das Geld, notwendige öffentliche und soziale Leistungen zu erbringen, ausreichend in Infrastruktur, Bildung und ökologischen Umbau zu investieren und mehr Mittel für den internationalen Ausgleich zwischen Arm und Reich bereitzustellen.

Den Schulden der öffentlichen Hand stehen gigantische private Vermögen gegenüber. Alleine die privaten Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung sind höher als alle öffentlichen Schulden in Deutschland zusammen. Auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten heizen sie die Spekulation an den Finanzmärkten an und verschärfen damit die Krise.

In den letzten 20 Jahren ist die Ungleichheit zwischen Arm und Reich enorm gestiegen. Das wohlhabendste Zehntel der Gesellschaft verfügt mittlerweile über mehr als zwei Drittel des Gesamtvermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen nur ein Prozent des Vermögens besitzt. Zu große Ungleichheit schadet allen und untergräbt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft!

Die gigantischen Vermögen, die selbst in Krisenzeiten weiter wachsen, werden kaum oder gar nicht besteuert. Jetzt müssen endlich auch die großen Vermögen an den Kosten der Krise beteiligt werden, am besten europaweit: Mit einer einmalige Vermögensabgabe, die einen substanziellen Teil der großen Vermögen zugunsten des Gemeinwesens umverteilt.

Um dauerhaft bedeutende Finanzmittel für die öffentlichen Aufgaben aufzubringen und der sozialen Ungleichheit unserer Gesellschaft

Aktionen des Bündnisses: Flashmob im April (Foto links: Jürgen Jacob) und Probe-Umverteilen im September (Foto: Sebastian Imhof)

entgegenzuwirken, muss wieder eine Vermögenssteuer erhoben werden. Steuerflucht muss konsequent bekämpft, Steueroasen müssen ausgetrocknet werden.
Eine Politik für mehr Gerechtigkeit erfordert zudem wieder höhere Steuern auf hohe Einkommen und große Erbschaften, eine wieder höhere Besteuerung finanzstarker Unternehmen sowie von Kapitalerträgen und eine Transaktionssteuer auf Finanzmarktgeschäfte aller Art. EU-weit brauchen wir Mindeststeuersätze. Wir wollen eine verbesserte und sozial gerechte Finanzierung des Sozialstaats.
Die Politik in Deutschland muss endlich handeln! Auch in den USA und Frankreich wird derzeit um die stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen gerungen. Doch bewegen wird sich nur etwas, wenn wir Bürgerinnen und Bürger Druck machen für mehr Verteilungsgerechtigkeit! Dafür setzen wir uns gemeinsam ein.

Das lokale Bündnis umFAIRteilen Marburg

Im lokalen „Bündnis umFAIRteilen Marburg“ setzen sich neben dem PARITÄTISCHEN Hessen und dem DGB Mittelhessen , Sozialverband Deutschland (SoVD), attac, ver.di, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Sozialverband VdK, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband (AWO), Diakonisches Werk Oberhessen, Bündnis Klinikum, Naturfreunde, Bürgerinitiative für soziale Fragen e.V. (BSF), Arbeitskreis soziale Brennpunkte (AKSB), Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in Ockershausen (IKJG), St. Elisabeth-Verein e. V. Marburg, Arbeit und Bildung, Jugendkonflikthilfe Marburg (JUKO), Bürgerinitiative Sozialpsychiatrie, Verein zur Förderung der Integration Behinderter (FIB), Aids-Hilfe, Soziale Hilfe Marburg, die Fleckenbühler, Kulturloge Marburg, Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) Marburg-Biedenkopf, bsj Marburg, Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH und weitere Organisationen für gesellschaftliche Solidarität und den Erhalt der sozialen Infrastruktur ein.

Die Universitätsstadt Marburg und der Landkreis Marburg-Biedenkopf sowie SPD, Bündnis 90/ die Grünen und Die Linke unterstützen das Bündnis umFAIRteilen.

UMfairTEILEN

Diese Broschüre will dem Ziel dienen, vor und nach den Wahlen in Bund und Land mit den PolitikerInnen ins Gespräch zu gehen, damit das im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang so enorm wichtige Thema des Umfairteilens auf der Tagesordnung bleibt.

Impressum: unFASSBAR ARMUT unter uns ist eine Informationsbroschüre des lokalen Bündnisses UMfairTeilen
V.i.S.d.P.: Iris Demel (Der Paritätische Hessen, Region Mittelhessen), Dr. Ulf Immelt (DGB Mittelhessen)
Redaktionsteam: Bernd Gökeler (Multiple-Sklerose Selbsthilfegruppe Marburg-Biedenkopf), Manfred Günther (Öffentlichkeitsarbeit St. Elisabeth-Verein e. V. Marburg), Iris Demel (Der Paritätische Hessen, Region Mittelhessen), Dr. Ulf Immelt (DGB Mittelhessen)

Fotos Umschlag: Fotolia